waltung von Kolonien, den einzigen „Grund" für den Kolonienraub, in seiner ganzen Richtigkeit zeigte. Durch ihr machtvolles Anwachsen ist die koloniale Bewegung aber heute zweifellos an dem entscheidenden Wendepunkte angelangt, an dem es sich zeigen muß, ob es ihr gelingt, die Ideen, die sie im In- und Auslande bisher verfochten hat, auch für die praktische Politik nutzbar zu machen und die Widerstände zu überwinden, die sich ihr nicht nur im Auslande, sondern auch in der deutschen Politik entgegenstellen, ob sie es vermag, in dem Uebermaß von politischen Gegenwartsaufgaben dem deutschen kolonialen Gedanken den Platz zu erkämpfen, der ihm unbedingt zukommt. So wertvoll es auch ist, immer größere Massen des deutschen Volkes in den Dienst dieser Idee zu stellen, so kann doch dieses Streben ebensowenig das Endziel der Bewegung sein, wie es genügen kann, die Rechtmäßigkeit der deutschen Ansprüche zu beweisen und die koloniale Schuldlüge zu erledigen. Das alles ist für die Aufklärung wichtig. Aber niemals wird selbst die vollständigste Erkenntnis des deutschen Rechtsstandpunktes im Auslande dazu führen, daß irgendwie von außen her uns der Urteilsspruch irgendeines Forums in unsere kolonialen Rechte wieder einsetzt. Niemals werden wir das kleinste Plätzchen im dunklen Erdteil erhalten, wenn sich nicht die deutsche Politik, die deutsche Regierung zum Sprachrohr des Volkswillens macht und bei weitgehendsten Forderungen die realen Möglichkeiten ausschöpft, die sich uns bieten.

Der Reichskanzler wie der Reichsaußenminister haben in ihren Begrüßungsworten zur Kolonialwoche zum Ausdruck gebracht, daß die Uebervölkerung des verstümmelten Deutschlands Kolonialpolitik notwendig mache. Aber von diesen Worten bis zur praktischen Betätigung ist ein weiter Weg, der nicht nur mit dem hartnäckigen Widerstand des Auslandes, sondern auch mit den riesigen Hindernissen realer Möglichkeiten verbaut ist. Und gewiß sind die Bedenken auch heute nicht von der Hand zu weisen, ob es ratsam sei, die politische Situation, den bitteren deutschen Kampf um unsere Lebens- und Aufbaufähigkeit, mit weiteren Forderungen zu belasten. Aber diese Bedenken müssen an der Tatsache eine Grenze finden, daß wir nicht die letzte Möglichkeit zur Durchsetzung unserer kolonialen Forderungen, wie sie sich uns bei der Entscheidung über den Eintritt in den Völkerbund bietet, ungenutzt vorübergehen lassen dürfen. Mag es zugegeben werden, daß es bisher nicht viele Gelegenheiten zu dieser Durchsetzung gegeben hat. Eine Möglichkeit bestand jedenfalls vor der Annahme des Dawes-Plans in London. Man hat sie nicht erörtert, obwohl gerade damals Dr. Schacht mit seinen kolonialen Plänen und mit der Betonung der Notwendigkeit kolonialer Betätigung als Voraussetzung der Dawes-Verpflichtungen im In- und Auslande eine recht wirksame Propaganda getrieben hatte. Man hat den Augenblick verpaßt, offenbar aus dem unglückseligen Bestreben heraus, die Verhandlungen nicht zu erschweren. Heute aber muß die deutsche koloniale Frage auch für die praktische deutsche Politik akut werden; denn das Drängen der Entente, uns für den Völkerbund zu gewinnen, zwingt uns zu einer unbedingten Berücksichtigung derjenigen Forderungen, die die Kolonialdeutschen für den Eintritt in den Völkerbund aufgestellt haben. Es ist heute schon beinahe in Vergessenheit geraten, daß die deutsche Regierung im September vorigen Jahres, als sie die Voraussetzung für einen deutschen Völkerbundsbeitritt den Ratsmächten gegenüber formulierte, im vierten Punkt des Memorandums die Erwartung ausgesprochen hatte, daß Deutschland aktiv am Mandatssystem des Völkerbundes beteiligt werde. Auf diesen Punkt hat aber weder eine dieser Regierungen noch auch der Völkerbund selbst geantwortet. Wohl aber hat uns der Völkerbund in seiner letzten Note im vergangenen Monat die völlige Gleichberechtigung zugesichert, die Deutschland als wesentlichste Bedingung gefordert hatte. Und wenn diese Gleichberechtigung nicht nur eine der tönenden Phrasen darstellt, die wir nur allzu oft gehört haben, dann muß man unbedingt die Forderung erheben, daß wir als gleichberechtigte Großmacht nicht weiter aus jenem Kreis der „fortgeschrittenen Nationen" ausgeschlossen werden, die sich zur Verwaltung der Kolonien eignen. Fortgeschrittene Nation und gleichberechtigte Großmacht aber ist ein und dasselbe. Das dürfen wir nicht vergessen, und hieraus ergibt sich für die deutsche Politik ein Argument, mit dem zu arbeiten für sie nicht nur möglich, sondern eine unabweisbare Pflicht ist. Es geht nicht an, daß wir in einen Bund eintreten, der uns als minderwertiges Mitglied vor aller Oeffentlichkeit abstempelt. Und niemand kann auch nur im entferntesten annehmen, daß man uns später freiwillig auch nur einen Teil unserer Kolonien zurückgibt, wenn wir nicht vorher unsere wirkliche Gleichberechtigung zur Bedingung machen. Eine andere Möglichkeit wäre nicht nur für unsere vitalen Interessen, sondern ebenso für unsere nationale Ehre unerträglich.

Der Völkerbund hat sich durch sein Mandatssystem zum Träger der verbrecherischen Politik gemacht, die der frühere amerikanische Außenminister Lansing und Baker in den Memoiren Wilsons treffend als Betrug gekennzeichnet haben. Die koloniale Schuldlüge konnten wir durch die Wucht unserer Argumente in ihrer ganzen Nacktheit enthüllen. Die gefährliche Politik aber, die sich hinter ihr und dem Völkerbund verbarg, um auf dem Wege der Mandate des Völkerbundes die Kolonien in die Hände der Entente zu bringen, ohne uns den riesigen Gegenwert von 70 Milliarden dafür auf unsere Schuldenlast anzurechnen, können wir nur durch die Mittel einer praktischen offiziösen Politik bekämpfen, die die Völkerbundsstatuten, mögen sie auch in einem gegenteiligen Sinne aufgestellt sein, für uns nutzbar macht, wenn wir uns auf sie verpflichten sollen. Treten wir in den Völkerbund ein, so geht der Weg zu unseren Kolonien über den Völkerbund als gleichberechtigte „fortgeschrittene" Nation, und dann ist es auch abzulehnen, wenn wir uns etwa durch England als Pflaster für das Versagen der englischen Politik im Kampf um eine erträgliche Ostgrenze Versprechungen auf die heruntergewirtschafteten portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique machen lassen, die keinen Ersatz für unsere hochentwickelten Besitzungen darstellen und uns noch dazu in Gegensatz zu Portugal bringen. Die Frage des Völkerbundsbeitritts bedeutet für uns zugleich eine der wichtigsten Entscheidungen über die Kolonialpolitik, für die die koloniale Bewegung mit aller Wucht einzutreten hat, zumal niemand verkennen darf, daß sich die Lösung der kolonialen Frage für uns um so ungünstiger gestalten muß, je länger die Mandatsverwaltung und die systematische Fernhaltung der Kolonialdeutschen aus unseren Kolonien andauert.

Die Besprechung der Präsidentschaftskandidaturen.

Jarres wieder in Berlin.

Berlin, 3. April. Der erfreulicherweise von seiner Grippe wieder genesene Oberbürgermeister von Duisburg Dr. Jarres ist heute vormittag in Berlin eingetroffen. Er hatte gebeten, von jedem Empfang abzusehen, und so wurde er auf dem Bahnhofe nur von Prof. Pflüger, Bonn, abgeholt. **Es ist anzunehmen, daß die letzten entscheidenden Besprechungen im Reichsblock nun binnen kürzester Frist erledigt sein werden.**

•

Berlin, 3. April. Der zum preußischen Ministerpräsidenten gewählte Abgeordnete Braun hat dem Präsidenten des Landtages mitgeteilt, daß er die Wahl annehme. Der Landtag hat sich, nachdem er die Notverordnungsgesetze dem Haushaltsausschuß überwiesen hatte, bis zum 28. April vertagt.

Berlin, 3. April. Auf eine kleine Anfrage der Kommunisten über die Zahl der politischen Gefangenen hat der preußische Justizminister die Auskunft erteilt, daß wegen politischer Straftaten zurzeit 477 Gefangene ihre Strafe abbüßen.

Das Grundschulgesetz angenommen.

Die dritte Lesung im Reichstag.

Vergebliche Verschleppungsversuche der Linken.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. April. Die heutige Sitzung des Reichstags war zunächst der dritten Beratung des Gesetzentwurfs über den Lehrgang der Grundschule gewidmet. Der Sozialdemokrat Löwenstein warf der Mehrheit des Reichstags vor, die Grundschule in einen Ausnahmezustand versetzen zu wollen. Dieser Versuch bedeute nichts weniger als die Zerstörung der Einheitsschule. Der Ministerialdirektor Kestner vom preußischen Kultusministerium brachte Bedenken der preußischen Unterrichtsverwaltung gegen den Gesetzentwurf vor und wies darauf hin, daß die Ausführung des Gesetzes in der jetzigen Form auf größte Schwierigkeiten stoßen würde. Unter Bezug auf diese Bedenken der preußischen Unterrichtsverwaltung beantragte der demokratische Abg. Nönnebürg, die ganze Materie zur nochmaligen Beratung an den Ausschuß zu verweisen, was jedoch mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Der Zentrumsabgeordnete Rheinländer betonte nochmals den grundsätzlichen Standpunkt des Zentrums, der dahingeht, daß die vierjährige Grundschule erhalten bleiben müsse, daß aber jedes Kind seiner Begabung entsprechend schon früher zur mittleren oder höheren Schule müsse übergehen können. Damit schloß die allgemeine Aussprache.

Der grundlegende § 1 wird darauf angenommen.

Beim § 2, wonach das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt, bespricht Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) erneut allerlei schulpädagogische Fragen. — Ein Regierungsvertreter weist darauf hin, daß mit den Ländern in Verbindung getreten wird, um eine Vereinbarung darüber zu erreichen, in welcher Weise die Beschlüsse des Reichstags zur Ausführung gelangen sollen. Der Reichsrat habe noch keine Stellung dazu genommen. Als dann sozialdemokratische, kommunistische und demokratische Redner sich in längeren Ausführungen nochmals zur Sache äußern, wendet sich der Abg. Schulz, Bromberg (D.-N.), erregt gegen diese Obstruktionsversuche der Linken. Es sei unerhört, wie man hier die Verhandlungen zu verschleppen versuche. Eine kleine Minderheit wolle die Mehrheit vergewaltigen.

§ 2 wird dann angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. Die Schlußabstimmung über das Gesetz ist namentlich. Für die Vorlage stimmen die Deutschnationale, die Deutsche und die Bayrische Volkspartei, das Zentrum, die Wirtschaftliche und die Völkische Vereinigung. Zu den Gegnern der Vorlage gehören Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Das Grundschulgesetz wird mit 239 gegen 157 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen.

Kurz fortgesetzt wird dann noch die Aussprache über das Wohnungswesen, die den Reichstag bereits in mehreren Sitzungen beschäftigt hat. Der Zentrumsabgeordnete Tremmel fordert eine entschlossene Förderung der Bautätigkeit. In erster Linie müßten kleine Leute berücksichtigt werden, und solche, die bereit seien, aus eigenen Mitteln und mit eigenen Kräften unter Mithilfe der Familienmitglieder sich ein Haus zu errichten. — Die Beratung wird dann abgebrochen und auf Sonnabend 12 Uhr vertagt.

Eine neue Inflationssteuer.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. April. Der Aufwertungsausschuß des Reichstags behandelte heute eine sozialdemokratische Entschließung, in der die Reichsregierung ersucht wird, zur Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung der öffentlichen Anleihen dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den

die während der letzten 10 Jahre gebildeten Vermögen oder vergrößerten Vermögen belastet werden sollen.

Im Verlaufe der Aussprache gab ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Erklärung ab, daß die Vorarbeiten für eine Denkschrift über die in dem sozialdemokratischen Antrag vorgesehenen Inflationssteuern bereits beendet seien und daß daher die Denkschrift in allerkürzester Zeit dem Reichstag zugeleitet werden könne. In der bestimmten Erwartung, daß diese Denkschrift nach Wiederzusammentritt des Reichstags dem Aufwertungsausschuß vorliegen wird, beschloß der Ausschuß, die endgültige Entscheidung über ein die Inflationsgewinne besteuerndes Gesetz in der ersten Sitzung nach Ostern zu treffen.

Die Deutschnationalen für Steuererleichterungen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. April. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen befaßte sich gestern mit Steuerfragen und beschloß, grundsätzlich zur Erleichterung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die Heraufsetzung der steuerfreien Einkommensgrenze und für die Beseitigung anderer, z. B. Mittelstand, Gewerbe und Landwirtschaft bedrückender steuerlicher Härten einzutreten.

Aussetzung der Einführung der Einheitskurzschrift.

Der Bildungsausschuß für Nachprüfung des Systems.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. April. Im Bildungsausschuß des Reichstages lag heute ein Antrag vor, im Einvernehmen mit den Ländern, die zur Einführung der Einheitskurzschrift getroffenen Maßnahmen solange auszusetzen, bis der zur Prüfung des Systems eingesetzte Länderausschuß das Einheitssystem überprüft und gegebenenfalls geändert hat. Staatssekretär Schulz stellte eine Denkschrift über die Einheitskurzschrift in Aussicht und bat, die Abstimmung zu vertagen, bis die Denkschrift dem Ausschuß zugegangen sei. Ein dahingehender Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt, dagegen der Antrag auf Aussetzung der Maßnahmen und Nachprüfung des Einheitssystems angenommen.

Hilfsmaßnahmen für das besetzte Gebiet.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. April. Der Haushaltausschuß des Reichstages nahm folgende Entschließung an: Nach Mitteilung der Reichsregierung sind Verhandlungen mit den Ländern über Hilfsmaßnahmen zugunsten des besetzten Gebietes vor dem Abschluß. Unter Hinweis auf die große Dringlichkeit dieser Maßnahmen hält der Reichstag die beschleunigte Auszahlung der bereitgestellten Beträge für geboten. Er ist damit einverstanden, daß unbeschadet der etatrechtlichen Beschlüsse des Reichstages die sofortige Auszahlung an die Länder erfolgt. Dieser Beschluß gilt auch für die besonderen zur Förderung des Wohnungsbaues im besetzten Gebiete vom Reiche zur Verfügung zu stellenden Mittel. Die gesamte vorläufig zu verausgabende Summe darf 75 Millionen Reichsmark nicht überschreiten.

Dann wurden verschiedene entsprechende Maßnahmen beraten. Vom Reichsverkehrsministerium wurde an Hand der Bilanzziffern der Reichsbahn ausgeführt, daß die Reichsbahn die von der Linken beantragten Erhöhungen der Teuerungszuschläge nicht ohne gleichzeitige Tariferhöhungen vornehmen könne. Schließlich wurde ein Initiativgesetzentwurf der Deutschnationalen und anderer Regierungsparteien angenommen, durch den ab 1. April 1925 der Wohnungsgeldzuschuß um 10 Prozent erhöht werden soll. Ein Vertreter des Finanzministeriums hatte diese Erhöhung zugesagt. Der Zuschuß werde bei der nächsten Gehaltszahlung mitgezahlt werden. Angenommen wurde dann noch eine Entschließung, durch die die Reichsregierung ersucht wird, mit tunlichster Beschleunigung zu prüfen, ob und auf welcher Grundlage die Bezüge der Beamten eine Erhöhung erfahren können und darüber im Reichstage alsbald nach dem Zusammentritt zu berichten.

Gewerkschaftler bei Simons.

Berlin, 3. April. Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons empfing heute Vertreter der Gewerkschaften, die ihn über die Stimmungen und Auffassungen in den Arbeitnehmerkreisen unterrichten wollten. Da dieser Empfang eine gute Gelegenheit für Linksleute war, Parteipolitik zu betreiben, so versagte man es sich natürlich auch nicht, die Regierung Luther anzugreifen, die in der Arbeiterschaft mit großem Mißtrauen betrachtet werde. Ferner trug man Wünsche bezüglich der Neuregelung der Arbeitszeit und der Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens vor.

Berufungsmöglichkeit gegen bayrische Volksgerichtsurteile.

Annahme des Gesetzentwurfs im Rechtsausschuß des Reichstags.

Berlin, 3. April. Der Rechtsausschuß des Reichstags nahm heute die endgültige Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Erlaß eines Gesetzes über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile der bayrischen Volksgerichte vor. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationale Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Bayrische Volkspartei, so daß der Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes über die Wiederaufnahme des Verfahrens mit 17 gegen 9 Stimmen angenommen wurde.

Eine warnende Stimme an Chamberlain.

Keine einseitige Bindung an Frankreich!

London, 3. April. Die konservative Wochenzeitschrift „Spectator" schreibt zum deutschen Sicherheitsangebot: Zum ersten Male seit 1918 (man kann vielleicht sagen, seit dem Sturze Bismarcks) habe die deutsche Außenpolitik Zeichen kundiger und kluger Leitung an den Tag gelegt. Es sei klar, daß das deutsche Angebot das britische Kabinett beeinflußt habe. Es sei ebenfalls klar, daß die französische Regierung nicht das Odium auf sich nehmen könne, die Erwägung eines solchen Angebots abzulehnen oder es sogar direkt zu verwerfen. Die Zeitschrift warnt jedoch Chamberlain, auf der Hut zu sein und sich nicht von den Franzosen dazu bewegen zu lassen, indirekt Frankreich eine **einseitige britische Garantie unter Zusammenarbeit des französischen und des britischen Generalstabes zu geben**, die Frankreich gegen eine deutsche Invasion sichert, aber nicht Deutschland gegen eine französische. Bezugnehmend auf die Betonung der Artikel 42 und 44 des Versailler Vertrages in der letzten Unterhausrede Chamberlains befürchtet „Spectator", daß die Franzosen eine unverzügliche Zusammenarbeit des französischen mit dem britischen Generalstab für den Fall einer Verletzung des Artikels 44 befürworten könnten, was katastrophal sein würde, da England dadurch an eine einseitige Garantie einer hundert Meilen innerhalb Deutschlands laufenden französischen Grenze unwiderruflich gebunden sein würde.

Eine solche Vereinbarung würde der kürzeste und beste Weg sein, um einen neuen europäischen Krieg unter Beteiligung Englands unvermeidlich zu machen.

Die Zeitschrift bittet Chamberlain dringend, die gegenwärtig von der französischen Auslegung des Artikels 44 abweichende britische Auslegung, wonach eine Verletzung der entmilitarisierten Zone durch Deutschland zwar ein feindseliger Akt sei, aber nicht notwendigerweise den Krieg bedeuten würde, nicht aufzugeben. Denn wenn er dies tun würde, wäre er zur unbedingten Unterstützung Frankreichs verpflichtet, **das vielleicht enger als man wisse, an Polen und an sein Allianzsystem in Osteuropa gebunden sei. Dadurch würde England verpflichtet sein, für immer mit der gesamten Macht des britischen Reiches sich für Regelungen, wie die des Danziger Korridors, der Ostgrenze Polens, der Teilung Oberschlesiens und der polnischen Annektionen in Galizien einzusetzen. England werde dadurch gezwungen sein, das gesamte wahnsinnige Gebilde, durch das Frankreich jetzt Europa beherrscht, zu stützen. Das britische Volk würde niemals derartige Verpflichtungen übernehmen.** (W. T. B.)

Die Umgestaltung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe.

Pauschalzahlungen statt Einzelerhebung.

Berlin, 3. April. Zwischen der deutschen und der königlich britischen Regierung ist gestern ein Abkommen über die Ablösung der englischen Recovery-Abgabe abgeschlossen worden. Durch dieses Abkommen wird das jetzige Verfahren, wonach die deutschen Waren bei ihrer Einfuhr nach England einer Abgabe von 26 Prozent unterworfen sind, durch ein System von monatlichen Pauschalzahlungen abgelöst, die aus dem Durchschnitt der Monatsstatistik errechnet werden und deren Sterlingbetrag durch freiwillige Ablieferung aus den deutschen Exporten aufgebracht werden. Der Gegenwert der der abgelieferten Devisen wird den Exporteuren naturgemäß aus der Dawes-Annuität in Reichsmark vergütet. Der Generalagent, das Transfer-Komitee und die Reparationskommission haben dem Abkommen bereits zugestimmt.

•

London, 3. April. Aus maßgebenden britischen Kreisen verlautet, daß die französischen Finanzsachverständigen, die in London eingetroffen sind, in der Absicht gekommen seien, sich über den genauen Sinn einiger Sätze in Churchills Note über die alliierten Schulden, soweit sie Frankreich betreffen, zu unterrichten. In amtlichen Kreisen werde betont, daß das britische Angebot sehr entgegenkommend sei und daß die Note den wohlüberlegten Standpunkt der englischen Regierung darstelle. (W. T. B.)

Englischer Luftringverkehr.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

London, 3. April. In diesem Sommer soll ein großer Luftringverkehr eröffnet werden, der **von London nach Amsterdam, Köln, Paris und zurück** wieder nach London führen soll. In London werden die Flugzeuge morgens 7 Uhr aufsteigen und 7 Uhr abends wieder eintreffen. Auch in der Nacht sollen Flüge veranstaltet werden, die um 8 Uhr abends in London beginnen. Die Flugzeuge kehren 8 Uhr 30 Min. morgens zurück.

Haag, 3. April. Die holländisch-belgischen Verhandlungen über die Scheldefrage haben heute nachmittag durch Unterzeichnung des jüngst vereinbarten Vertragsentwurfes zur Revision des Vertrages von 1839 durch die beiderseitigen Außenminister einen vorläufigen Abschluß gefunden. (WTB.)

SLUB
Wir führen Wissen.